

ONLINE-FACHGESPRÄCH

Die Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG – Aktuelle Problemanzeigen und Handlungsbedarf

Vorstellung zentraler Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage des Paritätischen Gesamtverbandes zu Praxiserfahrungen mit der Wohnsitzregelung

Donnerstag, 10. März 2022, 09-11 Uhr

Seit fünf Jahren ist die Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG gesetzlich verankert. Von Beginn an hat die Wohnsitzregelung zu Diskussionen darüber geführt, ob diese tatsächlich eine Chance für die nachhaltige Integration oder eher eine unzumutbare Einschränkung der Freizügigkeit darstellt. Der Paritätische hat seit Einführung der Regelung seine Bedenken in Stellungnahmen¹ veröffentlicht und auf eine Streichung der Regelung hingewirkt. Insbesondere hat der Verband auf die Problematiken hingewiesen, die im Zusammenhang mit der Wohnraumversorgung, der Integration in den Arbeitsmarkt, dem familiären Zusammenleben, dem Bestehen spezifischer Bedarfe sowie dem Schutz vor Gewalt entstehen können.

Durch eine bundesweite Online-Befragung unter Paritätischen Mitgliedsorganisationen sowie unter Mitarbeiter*innen anderer Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und Beratungsstellen im September und Oktober 2021 konnten aktuelle Probleme in der Praxis mit der Wohnsitzregelung eruiert werden. Insgesamt haben sich 380 Vertreter*innen aus 15 Bundesländern vorwiegend aus Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen, aber auch aus der Frauenberatung, aus Frauenhäusern sowie aus der Beratung von geflüchteten LSBTI* und Menschen mit Behinderungen an der Umfrage beteiligt. Mit den vorliegenden Ergebnissen der Umfrage möchte der Paritätische Gesamtverband nun einen konstruktiven Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG geben. Auch für die mittlerweile begonnene Evaluation durch das Forschungszentrum des BAMF² hofft der Verband wichtige Anregungen geben zu können.

Anlässlich der Veröffentlichung der Umfrageergebnisse möchte Sie der Paritätische Gesamtverband ganz herzlich zu einem digitalen Fachgespräch am 10. März 2022 von 09-11 Uhr einladen.

Die Veranstaltung richtet sich sowohl an politische Entscheidungsträger*innen im Bundestag sowie Vertreter*innen aus den zuständigen Bundes- und Landesministerien als auch an fachliche Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden und NGOs auf Bundes- und Landesebene.

Wir freuen uns sehr über Ihre Teilnahme und einen regen Austausch.

Mit herzlichen Grüßen

Susann Thiel
Referentin für Flüchtlingshilfe/-politik
Der Paritätische Gesamtverband

PROGRAMM

In einem ersten Teil des Fachgespräches werden die zentralen Ergebnisse in Bezug auf die Wohnungssuche, die Arbeitsaufnahme, die Berücksichtigung von spezifischen Bedarfen sowie dem Schutz vor Gewalt vorgestellt. Im Anschluss daran wird es Zeit für Rückfragen und Diskussion geben.

Der zweite Teil richtet den Fokus explizit auf aktuelle Handlungsbedarfe, die im Zusammenhang mit der Wohnsitzregelung und dem Schutz vor Gewalt entstehen. Am Beispiel des Landes Schleswig-Holstein werden Lösungsansätze für die Verbesserung des Schutzes von Betroffenen von Gewalt diskutiert. Insbesondere in diesem Teil freuen wir uns auf den Austausch mit Vertreter*innen aus den zuständigen Bundes- und Landesministerien.

Die Zweiteilung der Veranstaltung ermöglicht auch die Teilnahme ausschließlich an dem ersten allgemeinen Teil. Für den zweiten Teil sind explizit Interessierte an den Problemanzeigen in Gewaltschutzfällen eingeladen.

09:00 Uhr **Begrüßung und Einführung**
Susann Thiel, Paritätischer Gesamtverband

Teil 1: Zentrale Ergebnisse der Umfrage

Aktuelle Problemanzeigen und Handlungsbedarf in Bezug auf:

- Wohnungssuche und Wohnraumversorgung
- Zugang zu Arbeit/ Ausbildung
- Berücksichtigung spezifischer Bedarfe
- Gewaltschutz

Zeit für Rückfragen und Diskussion

10:00 Uhr **Teil 2: Fokus Gewaltschutz**

Die Härtefallregelung nach § 12a Abs. 5 S. 2 AufenthG in der Praxis - Handlungsbedarfe und Lösungsansätze

Katharina Wulf, Landesverband Frauenberatung Schleswig-Holstein e.V.

Fragen und Diskussion

11:00 Uhr **Ende**

¹ Siehe [„Aktualisierte Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Entwurf eines Integrationsgesetzes“](#) (2016), [„Aktualisierte Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Entfristung des Integrationsgesetzes“](#) (2019) und [„Aktuelle Problemanzeigen im Zusammenhang mit der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG und dem Schutz vor Gewalt“](#) (2019).

² Siehe <https://www.bamf.de/SharedDocs/ProjekteReportagen/DE/Forschung/Integration/evaluation-wohnsitzregelung.html>

Organisatorisches

Anmeldung:

Bitte melden Sie sich **bis zum 01. März 2022** bei Constanze Reichstein über flucht@paritaet.org unter Angabe Ihres Namens, Ihrer Organisation/ Institution und Ihrer E-Mail-Adresse an.

Die Teilnehmendenzahl ist auf 40 begrenzt. Teilnehmende erhalten nach Ablauf der Anmeldefrist eine Anmeldebestätigung.

Technische Hinweise:

Die Veranstaltung wird über den Videokonferenzdienst Zoom stattfinden.

Voraussetzung für die Teilnahme ist ein Internetzugang sowie ein entsprechendes Endgerät. Wir empfehlen einen PC oder Laptop mit einem aktuellen Browser. Für Ton und Bild sind Mikrofon und Kamera erforderlich, in Laptops und mobilen Endgeräten ist beides in der Regel verbaut. Falls Sie kein Mikrofon/Headset besitzen, können Sie sich per Telefon zuschalten.

Einen Tag vor dem Termin erhalten Sie eine separate E-Mail, in der Link und Einwahlnummer sowie ergänzende Informationen enthalten sind.

Veranstaltungsleitung:

Susann Thiel – Der Paritätische Gesamtverband e.V.

Anmeldung:

Constanze Reichstein

Der Paritätische Gesamtverband e.V.
Oranienburger Str. 13/14, 10178 Berlin,
Tel.: 030 246 36-446
flucht@paritaet.org